



2022

happy new year

Ein frohes und gesundes Jahr 2022!

Auch wenn der Jahreswechsel jetzt schon ein paar Tage her ist, möchte euch der Landesvorstand der DPoIG M-V vor allem ein gesundes neues Jahr 2022 wünschen.

Dieses Jahr wird ganz sicher auch wieder ein bewegtes werden. Einige Ereignisse für 2022 haben bereits in 2021 ihre Schatten vorausgeworfen. Bundesweit haben uns die Demonstrationseinsätze im Zusammenhang mit Corona schon seit dem Herbst beschäftigt. Daran wird sich vermutlich auch erst einmal nicht viel ändern. Wir, die Polizei, werden weiter unseren Auftrag erfüllen und sowohl das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ebenso schützen, wie wir die Einhaltung der „Coronaverordnungen“ umzusetzen haben.

In der Gewerkschaftsarbeit der DPoIG M-V gibt es natürlich ebenso große Herausforderungen. Damit ist nicht nur die stetige Umsetzung der Beschlüsse vom Landesdelegiertenkongress 2018 gemeint. An ihnen wird auf allen denkbaren Ebenen gearbeitet. Gerade an der Thematik der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wird mit Hochdruck gearbeitet.

Natürlich ist die DPoIG M-V vom Vorstand bis in alle Kreisverbände hinein aktuell dabei, die Personalratswahlen 2022 vorzubereiten. Dafür suchen und brauchen wir euch. Jeder von euch ist willkommen, um auf unserer Liste „DPoIG freie Liste“ für eine starke Personalvertretung zu kandidieren. Dafür gibt es kein „alt“ oder „jung“. Eure Kandidatur auf unserer Liste ist für uns alle von großer Wichtigkeit.

Nur mit euch kann die DPoIG eine starke Beteiligung in den Örtlichen-/Bezirkspersonalräten und im Hauptpersonalrat erreichen.

Dafür und für die generelle Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit haben wir mit der JUNGEN POLIZEI die Aktion „DPoIG – PolizeiMitgestalten“ gestartet.

Diese Aktion ist der Auftakt für eine Reihe von Aktionen unseres Landesverbandes. Wir möchten vor Ort, unter aktiver Einbindung der Kreisverbände, mit euch (pandemiekonform) ins Gespräch kommen und euch für eine aktive Beteiligung in der Gewerkschaftsarbeit gewinnen. Nur so kann unsere Gewerkschaft mit und für die Mitglieder erkennbar aktiv sein. Ein Zurücklehnen mit der Einstellung „der Vorstand soll mal machen, wir werden dann hinterher darüber schlau-meiern“ wird mögliche Probleme vor Ort nicht lösen und nur zu einer Frustration führen. So eine

Mentalität als Handlungsgrundlage mag vielleicht in einem Freizeitverein möglich sein, nicht aber in einer Fachgewerkschaft. Da ist es doch besser, die Probleme zu erkennen und mit den Ansprechpartnern in den Kreisverbänden konstruktiv zu bearbeiten. Der Landesvorstand wird seinerseits natürlich die Kreisverbände bei der Problemlösung in der geeigneten und möglichen Form unterstützen.

Lasst uns daher zusammen die Herausforderungen angehen. Lasst uns (vom Vorstand bis zum Neumitglied) Mitglieder ermutigen, sich in unserer Organisation einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen und unterstützt die, die jetzt schon Aufgaben übernommen haben. Gemeinsam können wir das Jahr 2022 zu einem Erfolgsjahr für unsere DPoIG M-V machen – egal wie viel uns Corona noch abverlangen wird.

*Euer Landesvorsitzender
Ronald Müller*

Impressum:
Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege

Ein neues Jahr mit neuen Chancen

Das turbulente Jahr 2021 liegt nun hinter uns. Ein weiteres Jahr, in dem wir uns mit der Coronapandemie herumschlagen, Kontakte be- und in den Freizeitaktivitäten einschränken mussten. Die Bundesregierung tagte häufig — Maßnahmen wurden ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Maßnahmen wurden infrage gestellt, angepasst oder gänzlich neu aufgestellt. Die Bundesregierung wurde neu gewählt und hat dem Virus erneut den Kampf angesagt. Mittendrin die Pflegekräfte, medizinisches Personal, Sicherheitskräfte, Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehr und viele weitere Beschäftigte im

öffentlichen Dienst, die Großes geleistet haben in dieser Zeit und dafür Sorge tragen, dass das, was die Politik beschließt, auch umgesetzt wird. Der Unmut der Gesellschaft wird dabei oftmals 1:1 gegenüber den Sicherheitskräften verbalisiert und auch reflektiert, leider nicht immer nur mit Worten. Viele Menschen gingen und werden weiterhin auf die Straße gehen, um ihre Meinung und wahrscheinlich auch Frust zum Ausdruck zu bringen. Nicht selten stecken hinter einer aggressiven Fassade auch Angst, Verzweiflung oder das Gefühl von Ohnmacht. Auch solchen Menschen müssen wir als Polizisten begegnen, möglichst mit

Respekt und Verständnis. Dass Kolleginnen und Kollegen dadurch zur Zielscheibe und zum falschen Adressaten von verbalen Attacken und Gewalt werden, ist nicht richtig, aber leider fast normal und unabdingbar.

Nun bestand das Jahr 2021 nicht nur aus Corona und auch in 2022 wird es noch andere Themen geben, die uns beschäftigen werden. Eins der Dinge, die sich dieses Jahr ändern, ist zum Beispiel der Mindestlohn, der zum 1. Juli auf 10,45 Euro steigt. Ebenso die Kraftstoffpreise, die durch die erhöhte CO²-Steuer auf 30 Euro je Tonne wohl teurer werden,

wie auch das Porto (Standardbrief 85 Cent, Postkarte 70 Cent). Ein Verwarngeld von 10 Euro wird fällig, wenn der Führerschein der Jahrgänge 1953 bis 1958 nicht bis zum 19. Januar in den Scheckkarten-Führerschein umgetauscht wurde. Coronabedingt wurde die Verhängung des Bußgeldes jedoch bis zum 19. Juli ausgesetzt. Für Verträge, die im Internet abgeschlossen wurden, soll es eine vereinfachte Möglichkeit geben, diese auch verbraucherfreundlich wieder kündigen zu können.

Quelle: SVZ vom 3. Januar 2022



Der öffentliche Dienst hat ein Image-Problem

Gerade in Zeiten der Pandemie, bei erzwungener Kurzarbeit und Jobverlusten in der Gastronomie und im Tourismus erscheint ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst attraktiver denn je. Die Stellen sind zumeist krisensicher und Homeoffice ist ebenfalls fast immer möglich. Dennoch hat der öffentliche Dienst in

den vergangenen Jahren deutliche Verluste im Personalbereich hinnehmen müssen.

Zwar arbeiten insgesamt knapp 4,97 Millionen Beschäftigte für Bund, Länder und Gemeinden, was dem höchsten Stand seit über 20 Jahren entspricht. In Meck-

lenburg-Vorpommern sind es insgesamt 97 445 und davon 32 665 Beamt*innen, Richter*innen sowie Soldat*innen und 64 775 Arbeitnehmer*innen. Von einem guten Personalpolster kann aber noch lange nicht die Rede sein.

Bundesweit fehlen dem öffentlichen Dienst mehr als

300 000 Leute. Dazu gehören die unbesetzten Stellen wie auch die Neueinstellungen, die notwendig sind, um die anrollende Pensionswelle auszugleichen. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich beispielsweise die tatsächliche Zahl an Polizeibeamt*innen kaum erhöht. Trotz des von der Politik angekündig-



Spätestens wenn man die Hospitalisierungsrate betrachtet und sich die Polizei auf weiter steigende Infektionszahlen, den Ausfall ganzer Dienststellen sowie Quarantäne für viele Tausend Polizistinnen und Polizisten vorbereitet, muss klar werden, dass es sich nicht mehr um ein unterhaltsames Spiel handelt. Auch der Slogan „Es war nie so einfach die Welt zu retten – indem man zu Hause auf dem Sofa liegt“ ist lange verklungen. Stattdessen treffen sich Tausende Menschen auf den Straßen, um gegen die Coronamaßnahmen zu demonstrieren, ohne Mund-Nasen-Bedeckung und Abstand. Ungeachtet der ohnehin angespannten Krisensituation in den Krankenhäusern und Überlastung der sicherheitsrelevanten Infrastruktur.

Die Polizei ist dafür da, angemeldete und friedliche Versammlungen zu schützen, die Meinungsfreiheit möglich zu

machen und die Ausschöpfung der Persönlichkeitsrechte zu gewährleisten. Das ist völlig in Ordnung, das ist unser Job. Ebenso eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Pandemie. Nicht in Ordnung, sind jedoch der Egoismus und das asoziale und aggressive Verhalten, welches derzeit von einem Teil der Gesellschaft an den Tag gelegt wird. Von Kooperationsbereitschaft und einem gemeinsamen konstruktiven Vorgehen gegen die Pandemie ist wenig zu spüren. Aus der Vergangenheit scheint wenig gelernt worden zu sein. Stattdessen wird versucht, unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit mit Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen, wie sie zuletzt auch Frau Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern erfahren musste, eigene Ideologien zu verbreiten. Dass auch unter den Demonstrationsteilneh-

mern Ängste und Sorgen bestehen, ist nachvollziehbar. Wut, Hetze oder gar Morddrohungen sind kein geeignetes Mittel, um diese auszudrücken, und dürfen nicht geduldet werden. In diesem Zusammenhang sollten sich auch friedliche Demonstrationsteilnehmer darüber Gedanken machen, mit wem sie „spazieren gehen“ und welchen Sprachgebrauch sie sich zu eigen machen.

Als Prellbock dienen dabei hauptsächlich die Kolleginnen und Kollegen der Einsatzhundertschaften und des Streifen-einzeldienstes, indem sie die Aggression bei den Demonstrationen direkt zu spüren bekommen. Nicht nur die Infektionsgefahr ist bei diesen Einsatzlagen deutlich erhöht, sondern auch die Befürchtung, im Dienst verletzt zu werden, ist begründet. „Die Kräfte können sich nicht aussuchen, wo sie eingesetzt werden, und leben schon seit

Beginn der Coronakrise mit dem hohen Infektionsrisiko, dem auch ihre Familien ausgesetzt sind“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt kürzlich im Focus. Um den Dienst trotz steigender Infektionszahlen weiter aufrechterhalten und den Schutz der Bevölkerung weiter garantieren zu können, müssen die Einsatzkräfte bestmöglich geschützt werden. Neben Anerkennung und Wertschätzung durch die Politik muss die Polizei ausreichend mit Schutzmaterial ausgestattet werden und bei den Impfangeboten priorisiert behandelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Einsatzkräfte voll einsatzfähig bleiben und von ihnen selbst kein Infektionsrisiko ausgeht.

https://www.focus.de/politik/deutschland/proteste-in-ganz-deutschland-dde_id_34783480.html

Jahrestagung des dbb

Auf der dbb Jahrestagung 2022 wurde Tacheles geredet und Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung nicht gescheut. Teilweise widersinnige und widersprüchliche Maßnahmen haben die Menschen verunsichert und ein einheitliches Vorgehen gerade in der Impfkampagne erschwert.

Der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach bemängelte zudem die schlechte technische Ausstattung, Personalmangel und das Übermaß an bürokratischen Vorgaben im öffentlichen Dienst. Aktuell fehlten im öffentlichen Dienst mehr als 330 000 Mitarbeiter. Außerdem seien fast 1,3 Millionen Beschäftigte über 55 Jahre und würden in den kommenden Jahren ausscheiden. Personelle und technische Inves-

tionen sind gefordert, um den öffentlichen Dienst modern aufzustellen. Andernfalls seien Herausforderungen in Sachen Bildung, Integration, Klimawandel, Sicherheit, Konjunktur, Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht zu meistern.

Quelle: tagesschau.de vom 10. Januar 2022

> Geburtstage im Februar 2022

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Februar geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Februar:

Fred Stange	Holger Schaar	Andreas Biermann
Juri Marchheim	Jens Busch	

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände

